

KAW begrüßt Empfehlungen des Innovationskreises

In einer Stellungnahme hat der Rat der Weiterbildung – KAW die Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung, die Anfang März vorgestellt wurden, im Grundsatz begrüßt.

Das klare Ziel der Empfehlungen, »Wissen sowie die Fähigkeit, das erworbenen Wissen anzuwenden, durch Lernen im Lebenslauf ständig anzupassen und zu erweitern, damit persönliche Orientierung, gesellschaftliche Teilhabe und Beschäftigungsfähigkeit erhalten und verbessert werden«, wird ausdrücklich positiv gewürdigt. Diese Aufgabe – so der Innovationskreis – sei nur als »gemeinsame Aufgabe« erfolgreich zu bewältigen, wie es auch die Empfehlungen zum Ausdruck bringen. »In die Umsetzung dieser Ziele können wir die unterschiedlichen Kompetenzen, Strukturen und Möglichkeiten der Mitglieder vom Rat der Weiterbildung – KAW gut einbringen«, so Prof. Dr. Tippelt, der Vorsitzende des Rates der Weiterbildung nach einer Sondersitzung der Mitglieder zu den Empfehlungen des Innovationskreises.

Zufrieden zeigte sich der Vorstand über die Hervorhebung der öffentlich verantworteten Weiterbildung, die Betonung der kommunalen Zuständigkeit sowie die angestrebte Vernetzung der vor Ort verantwortlichen Akteure. Weiterhin sagte der Rat der Weiterbildung seine Unterstützung bei der geforderten Entwicklung eines Leitbildes für eine vorausschauende Weiterbildungspolitik zur Umsetzung der Strategie eines Lernens im Lebenslauf zu. Eine solche vorausschauende Weiterbildungspolitik befreie auch den Bereich der Weiterbildung von seinem eher nur reaktiven und kompensatorischen Image, betonte Markus Tolksdorf (KBE) als stellvertretender Vorsitzender der KAW.

Zusammenfassend begrüßten Prof. Dr. Tippelt und Christian Lucas als weiterer Stellvertreter der KAW vor allem das ganzheitliche Bildungsverständnis der Präambel.

Bildungspolitik

Schlagworte der Weiterbildung

Die Parteien äußern sich zur Bildungspolitik

»Bildung entscheidet unsere Zukunft, sie ist die große soziale Frage unserer Zeit.« Das sagt diesmal nicht der Bundespräsident, sondern so heißt es im neuen Grundsatzprogramm der SPD, das 2007 beschlossen wurde. Die CDU, die letztes Jahr ebenfalls ein neues Grundsatzprogramm vorlegte, profiliert sich mit der Feststellung, dass Deutschland eine »Bildungs- und Kulturnation« ist bzw. sein muss, um die Herausforderung der Wissensgesellschaft zu bestehen, denn »um unsere moralischen und ökonomischen Werte zu vermitteln, ist Bildung von strategischer Bedeutung«. Also, Bildung war noch nie so wertvoll wie heute. Dies wurde 2007 nachdrücklich bekräftigt.

Wissensgesellschaft

Warum ist sie so wertvoll? Dazu das CDU-Programm (Nr. 95): »Eine Wissensgesellschaft lebt davon, möglichst jede Begabung zu entdecken und von früh an zu fördern: Es kann gar nicht genug gut ausgebildete Menschen geben. Wenn Menschen länger leben und arbeiten, ist es ein Gebot ökonomischer und sozialer Vernunft und eine Verpflichtung für jeden, in allen Phasen des Lebens neue Kompetenzen zu erwerben. Lebenslanges Lernen wird zur besten Versicherung gegen die Wechselfälle des Lebens.« Hier liegt ein bemerkenswerter Dreischritt vor. Zuerst tritt die Wissensgesellschaft als rundum bildungsfreundliches Subjekt auf, sie will nichts als Menschen fördern und Potenziale entdecken. Doch schon im zweiten Satz taucht die Sorge auf, dass nicht genug getan werden könnte. Trotz allseitiger Förderung könnte zu wenig geschehen – nach dem Vorhergehenden eine er-

staunliche Feststellung! Im dritten Satz wird der Ton dann schärfer. Jetzt ist von einer »Verpflichtung« die Rede, die die »ökonomische Vernunft« gebietet und der sich keiner entziehen darf.

Die CDU kann also in drei Sätzen das förderfreundliche Subjekt Wissensgesellschaft in eine Pflichtveranstaltung verkehren, die die Individuen dieser Instanz gegenüber, die nun »Vernunft« heißt, schuldig sind. Zumaldest der Gedankengang, mit dem das Programm auf diese Vernunft kommt, ist nicht vernünftig. Das zeigt auch der nächste Satz, der sich fast wie eine Drohung anhört: Wer dem nicht nachkommt, dem wird es schlecht ergehen. Lernen nämlich, heißt es, hilft dabei, sich gegen die »Wechselfälle des Lebens« zu versichern. Es ist schon merkwürdig, wie hier das »lebenslange Lernen« begründet wird. Erst fördert die Wissensgesellschaft, dann muss man sich gegen ihre Wechselfälle versichern – und das Ganze auch noch mit Bildungsanstrengungen statt mit einer Unfallversicherung. Wenn die Wissensgesellschaft, in der wir leben, für die Wechselfälle sorgt, wie soll denn dann Wissensaneignung dagegen helfen? Und sollten es die Wechselfälle des menschlichen Lebens überhaupt, die conditio humana, sein, dann hilft sowieso nichts. Aber Logik ist wohl nicht die Stärke von Programmkommissionen.

Erklären lässt sich der Gedankengang natürlich schon. Die Idealisierungen mit ihren behaupteten Anforderungen dienen als Legitimation der ganz profanen Ausnutzung und Abhängigkeit, der sich die Mehrzahl der Menschen an ihren Arbeitsplätzen ausgesetzt sieht. Das demonstriert ja die moderne

Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft unübersehbar: Es ist nicht das Wissen, das seinem »Besitzer« einen Arbeitsplatz verschafft; das »Humankapital«, das einer mitbringt, ist nur ein Mittel, sich für fremde Zwecke anzubieten und nützlich zu machen. Erst unter dieser Bedingung kann man sich betätigen und zeigen, was in einem steckt, und das bringt dem »Humankapitalisten« dann seinen – stets unsicheren – Lebensunterhalt ein. Daher der Appell an die Unternehmer, bei ihrer Kalkulation mit der Rentabilität der – eingesetzten und zukünftigen – Mitarbeiter/-innen doch auch Verantwortung (mit-)zutragen, dass diese weitergebildet werden, wenn sie schon an technisch veränderten Arbeitsplätzen benutzt werden. Im CDU-Grundsatzprogramm (Nr. 102) heißt das: »Die Fähigkeit, lebenslang zu lernen, muss ... durch eine hochwertige und sinnvolle Weiterbildung in allen Phasen des Lebens ergänzt werden. Hierzu gehört auch die Verantwortung der Unternehmen, jungen Menschen Ausbildungsplätze anzubieten und die Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitern zu ermöglichen.«

Zweite Chance

Und was sagt das SPD-Programm? »Wir brauchen eine Kultur der zweiten und dritten Chance. Wer im Laufe seines Lebens in eine Sackgasse geraten ist, muss die Chance bekommen, Schulabschlüsse gebührenfrei nachzuholen und berufliche Abschlüsse zu erwerben... Bessere Bildung verlangt höhere Ausgaben. Sie haben als Investition in Menschen Priorität.« (S. 61) Die SPD geht also gleich davon aus, dass ein nennenswerter Teil der Kinder und Jugendlichen im staatlichen Ausbildungswesen scheitert – dieser Realismus gilt wohl heutzutage, ähnlich wie die Propagierung des Mindestlohns, als sozial. Das Programm stellt das Scheitern als eine Sache dar, die am Einzelnen liegt, der da in eine Sackgasse geraten ist, und es will mit mehr Bildungsaufwand dafür sorgen, dass auch die Gescheiterten noch zu ihrem Nutzen und ihrer Nützlichkeit im Berufsleben kommen, falls sie die

zweite Chance nicht auch wieder vermasseln. Für die SPD gelten die Staatsausgaben gleich als Investitionen, die sich auszahlen müssen.

Vierte Säule

Für die Weiterbildung ist der Benutzungsgedanke ebenso leitend: »Für die lernende Gesellschaft wollen wir die Weiterbildung zur vierten Säule unseres Bildungssystems ausbauen... Die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung soll bei der Finanzierung helfen. Wir werden auch die allgemeine, kulturelle und politische Weiterbildung fördern. Sie muss auch den Älteren zugute kommen. Durch Weiterbildung können ältere Menschen in Beruf und Gesellschaft aktiv bleiben.« (S. 65) Die kleine Erinnerung, dass auch die allgemeine Weiterbildung dem Aktivbleiben im Beruf dient, muss natürlich sein. Das lässt erkennen, als welcher Zusatz sie gedacht ist. Ob kulturelle und politische Weiterbildung dann noch den Sachverhalt ansprechen dürfen, dass die Funktionalisierung des gesamten gesellschaftlichen Wissens für Rentabilitätszwecke im Widerspruch zu einem Handeln steht, das auf Wissen basiert?

Die Realität der großartigen Weiterbildungschance sieht, wie bekannt, anders aus. Bund und Länder ziehen sich aus der Förderung zurück, die Bundesagentur für Arbeit fährt ihre Finanzierung der beruflichen Weiterbildung herunter, die Ausgaben der privaten Haushalte für ihre Weiterbildungsanstrengungen steigen. So wird sachgemäß marktwirtschaftlich dem Humankapital die Last aufgebürdet, sich um die betreffenden Investitionen selber zu kümmern, denn die qualifizierte Arbeitskraft ist ja bloß Voraussetzung dafür, dass ein anderer daraus Gewinn schlägt. Man kann eben, um sich Klarheit zu verschaffen, nicht den luftigen Programmaussagen folgen, sondern muss die Ziele der Politik an den Bedingungen messen, die zur Erreichung der hehren Ansprüche realisiert werden. Dann weiß man, mit welchen Zielsetzungen man es wirklich zu tun hat.

Gegen Ökonomisierung?

In den Programmen finden sich viele wohl klingende Aussagen. So beklagt die SPD die »Dominanz des Ökonomischen« (S. 17). Die CDU will mit ihrem Programm zeigen, wie Fraktionschef Kauder auf dem Hannoveraner Parteitag erklärte, dass sie die »Partei des so genannten kleinen Mannes« ist. Merkel: »Bildung muss wieder Aufstiegsversprechen werden.« (FAZ, 4.12.) Wie Kauder und CSU-Huber feststellten, driftet die SPD heillos aus der Mitte ab, so dass heute »christliches Menschenbild kontra demokratischer Sozialismus« steht (General-Anzeiger, 5.12.). Apropos demokratischer Sozialismus. Seit 2007 gibt es eine neue, inzwischen durch Wahlen gestärkte Links-Partei, die genau das will – und die Ende des Jahres ihren ersten bildungspolitischen Kongress veranstaltete. Rund 200 Teilnehmer kamen in Hamburg zusammen und rechneten dort, wie das Parteimagazin Disput (12/07) schrieb, »mit Jahrzehntelangen Versäumnissen und aktuellen Versuchen, die Bildungslandschaft weiter marktkonform umzugestalten und betriebswirtschaftlichen Maßstäben unterzuordnen, ab.«

Thema war hier alles – von der Kita bis zur Weiterbildung. Mit Letzterer befasste sich der Arbeitskreis »Das Recht auf Weiterbildung«, geleitet von Prof. Bernhard Nagel, Universität Kassel, Andreas Klepp, GEW, und Volker Schneider, MdB. In der Abschlusserklärung fordern die Teilnehmer das Recht auf Weiterbildung, vor allem durch die Verabschiedung eines bundesweiten Weiterbildungsgesetzes, und beziehen dies explizit auf allgemeine, berufliche, kulturelle und politische Bildung. Im Einzelnen heißt es im Appell »Bildung für alle«: Die Linke will ein »einheitliches Weiterbildungssystem mit verbindlichen Standards, mit Durchlässigkeit, mit Wiedereinstiegsmöglichkeiten und mit vereinheitlichten Modulen.« Die Module sollen zu »tariffähigen, anerkannten Abschlüssen qualifizieren und nicht in Bildungssackgassen enden... Das Weiterbildungssystem ist ein Teil-

beitrag zur Chancengleichheit und eine Zukunftsinvestition für die Gesellschaft. Denn lebenslanges Lernen wird immer mehr zu einem Muss aufgrund des rapiden technologischen Wandels. Weiterbildung kann zudem dazu beitragen, den eigenen Arbeitsplatz zu erhalten und/oder Arbeit zu finden... Die gesamte Weiterbildung ist für alle Teilnehmer/innen kostenfrei.« (Nr. 7, Lebenslange Weiterbildung)

»Bildung ist keine Ware«

Der Einspruch der Linken gegen den heutigen politischen Kurs fasst sich auch in der Lösung »Bildung ist keine Ware« zusammen – eine Position, die im Grundsätzlichen von vielen geteilt wird. Die Partei will einiges dafür tun, sie will die Teilnehmer von den Kosten entlasten, sie greift die von den Gewerkschaften favorisierte Idee eines Bundesweiterbildungsgesetzes (siehe die Vorstellung des Faulstich-Titels unter Materialien) auf usw. Aber das Recht auf Weiterbildung ist nicht gleichzusetzen mit dem Recht, wirklich tätig, also benutzt zu werden. Bildung kann nur dazu beitragen, die Chancen, die Möglichkeiten, zu verbessern, einen Arbeitsplatz zu finden oder zu erhalten. Und was den Trend der Ökonomisierung betrifft: Auch hier wird der Grund für die Weiterbildung nicht einfach im Wissensinteresse der Teilnehmer gesehen. Vielmehr ist der »technologische Wandel« ausschlaggebend, der ja nicht vom Himmel fällt, sondern von den Unternehmen beständig als Änderung – Rationalisierung – der Arbeitsbedingungen durchgesetzt wird.

So wird Weiterbildung zum Werkzeug eines Nachvollzugs von Prozessen, die in der ökonomischen Sphäre auf Grund dort herrschender Interessen stattfinden. Die Arbeitgeberseite verändert die Arbeitsabläufe permanent und würde am liebsten nur die unmittelbare Arbeitsleistung bezahlen. Die Veränderung der Qualifikationen wird gewissermaßen als Selbstverständlichkeit unterstellt, um die notwendige Anpassung sollen sich die Individuen selber kümmern. Gegen eine solche Ab-

wälzungsstrategie wendet sich die Linke, betont auch die öffentliche Verantwortung. Aber wenn der Staat sich hier (bundeseinheitlich) stärker engagiert, bleibt das Grundproblem bestehen, nämlich der Widerspruch, der in der staatlich festgelegten Trennung der Bildungssphäre von der privaten Wirtschaft besteht. Diese nutzt das allgemeine Wissen nicht generell, sondern nur so weit, wie es dem Privatinteresse konkurrierender Eigentümer an Rentabilität dient. Daher werden Wissen und Zeugnisse auch nachträglich dequalifiziert, wenn man zum Arbeitslosenheer gehört, oder gänzlich nutzlos, wenn man den Status des Langzeitarbeitslosen (mit gesetzlicher Zwangsverrentung) erreicht. Solange der Arbeitsmarkt das Scharnier zwischen Bildung und Praxis ist, wird Wissen nur praktisch, wenn es funktional für Wachstums- und Gewinnerwartungen ist, also rentabel eingesetzt werden kann. Das widerspricht der Allgemeinheit des Wissens und verweist auf eine generelle marktwirtschaftliche Paradoxie im Verhältnis der Bildung zur praktischen Anwendung (vgl. U. Findeisen, Paradoxi en des Leistungslernens, in: Der

pädagogische Blick 4/07). Bemerkenswert ist also nicht allein, dass Bildung zunehmend wie eine Ware behandelt, z.B. privatisiert wird, sondern dass sie als am Individuum fixiertes Leistungsvermögen, das man leider nicht getrennt wie eine Ware veräußern kann, den Menschen selber zur Ware für fremde Zwecke macht.

Erfreulich ist der Diskussionsprozess, den die Linke mit ihrem Kongress eröffnet hat, allemal. Er bezieht unterschiedliche Positionen ein, bündelt die breite Kritik an der Ökonomisierung, wie sie gerade in der Weiterbildungsszene vertreten wird, und wendet sich gegen den pädagogischen Rückschritt, dem heutzutage mächtig das Wort ge redet wird (»Erziehungs«-Camp-Debatte, Lob der Disziplin, Verschärfung der Selektion etc.). Das dokumentiert auch der Sammelband, der in der Nachfolge des Hamburger Kongresses erscheint: Horst Bethge u.a. (Hg.), Pl-ISA-Schock – Was sagt die Linke? (Hamburg, VSA, 192 S., 13,80 €) Er ist natürlich nicht nur auf Schulfragen bezogen, sondern behandelt das ganze Spektrum der bildungspolitischen Herausforderungen.

Uwe Findeisen

Forum Kritische Pädagogik

Das Internet wird immer mehr zum Forum der fachlichen Auseinandersetzung und ergänzt so die »klassische« Fachöffentlichkeit, wie sie über Fachzeitschriften, Verbände, Gremien hergestellt wird. Für die kritische Pädagogik – die hier im weiteren, organisationsunabhängigen Sinn verstanden wird – hat sich mittlerweile das Forum Kritische Pädagogik etabliert (<http://forum-kritische-paedagogik.de>). Das von Prof. Ulrich Herrmann, Universität Tübingen, betreute Forum bietet Interessenten aus allen pädagogischen Einrichtungen, Arbeits- und Disziplinfeldern die Möglichkeit, sich aus aktuellem Anlass oder mit grundsätzlichen Erwägungen zu Wort zu melden. Neben diversen Schwarz- und Weißbüchern zur Schul- bzw. Hochschulreform finden sich hier vor allem folgende Texte und Informationen: 1. Aufsätze zu Problemen und Entwicklungen in Politik und Praxis, Wissenschaft und Forschung, 2. Kommentare und Stellungnahmen zu aktuellen Vorgängen in der Schul-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik, 3. wichtige Presseberichte, 4. ausländische Diskussions- und Forschungsberichte, 5. Texte (bzw. Hinweise darauf) aus der Grauen Literatur sowie Hinweise auf Denkschriften und Dokumentationen von Ministerien, Organisationen und Verbänden, 6. Hinweise auf Initiativen und Aktionen. Die Texte müssen den üblichen presserechtlichen Kriterien entsprechen. Interessenten wenden sich an Prof. Herrmann (E-Mail: uherrmann-tuebingen@t-online.de).

Bildungsforschung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat ein neues Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung vorgelegt. Es soll die Grundlagen schaffen, um die Qualität des Bildungssystems zu verbessern und die Bildungschancen junger Menschen zu erhöhen. Das Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung will die Forschungslandschaft durch konsequente strukturelle Förderung gezielt entwickeln und dazu beitragen, die internationale Position Deutschlands in Bildung und Forschung zu festigen und auszubauen. Es besteht aus zwei Säulen: 1. den Maßnahmen zur strukturellen Stärkung der empirischen Bildungsforschung und 2. den thematisch fokussierten Forschungsschwerpunkten.

Wieder mehr Geld für Erwachsenenbildung

Der Niedersächsische Landtag hat im Dezember 2007 eine Erhöhung der Förderung für die Erwachsenenbildung um ca. 5 % beschlossen, insgesamt beläuft der Landeszuschuss nach dem NEBG für das kommende Jahr nun auf knapp 48 Mio. Euro. Außerdem wurde im Januar neu ein eigener Vertrag zwischen Landesregierung und katholischer Erwachsenenbildung unterzeichnet, der die Höhe des Zuschusses aus dem Gesamtbudget regelt. Auch die bayerische Staatsregierung hat in ihrem Haushalt für 2008 eine Erhöhung der Zuschüsse für die Erwachsenenbildung um 1,93 Mio. Euro vorgesehen.

In Nordrhein-Westfalen bietet man dagegen den Weiterbildungsträgern an, Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds für gezielte Projekte in der Erwachsenenbildung zu nutzen. Dies ist aber keine echte Kompensation, sondern finanziert, so die Erfahrung der Träger, höchstens zusätzliche Aufgaben und ist außerdem mit einem großen bürokratischen Aufwand verbunden.

Institutionen

50 Jahre für die Erwachsenenbildung

DIE-Jubiläum und Innovationspreis 2007

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) feierte am 30. November 2007 sein 50-jähriges Bestehen. Das Institutsjubiläum, zu dem zahlreiche Vertreter aus Bildungsarbeit, Wissenschaft und Verbänden nach Bonn kamen, wurde gemeinsam mit der Verleihung des Preises für Innovation in der Erwachsenenbildung begangen. Der Innovationspreis, der alle zwei Jahre ausgeschrieben wird, stand im Jahr 2007 unter dem Motto »Aus Geschichte lernen«.

Institutsgeschichte

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung, das heute Teil der Leibniz-Gemeinschaft (WLG) mit ihren mehr als 80 außeruniversitären Forschungs- und Serviceeinrichtungen ist, wurde vor 50 Jahren als Pädagogische Arbeitsstelle (PAS) des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) gegründet. DVV-Verbandsdirektor Ulrich Aengenvoort resümierte bei der Bonner Veranstaltung die Institutsgeschichte, wie er sagte, mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Denn dass das Institut heute im Dienste der gesamten Erwachsenenbildung steht, verdankt sich der – nicht ganz problemfreien – Loslösung von den Volkshochschulen Anfang der 90er-Jahre.

So entwickelte sich das Institut von einer Instanz, die für die fachliche Kommunikation im DVV sorgte, über die Aufgabenstellung der erwachsenenpädagogischen Theorie-Praxis-Vermittlung zu einer Serviceeinrichtung für die Wissenschaft und die gesamte Weiterbildung. Das Institut hat dazu beigetragen, wie beim Jubiläum von verschiedenen Seiten betont wurde, dass die Erwachsenenpädagogik als Teildisziplin

der Erziehungswissenschaft Anerkennung fand und dass der Praxis der Weiterbildung ein breites Angebot an Handreichungen, Reflexionen und Dokumentationen zur Verfügung steht. Heute sieht sich das DIE bundesweit als zentrales Forum für die Weiterbildungslandschaft. Es hat sich in einem gewachsenen Netzwerk zudem international als Anlaufstelle für die deutsche Erwachsenenbildung etabliert. Davon legte bei der Jubiläumsveranstaltung auch die Teilnahme österreichischer Erwachsenenbildner Zeugnis ab. Ein Projekt aus dem österreichischen Volkshochschul-Verband wurde außerdem mit dem Innovationspreis 2007 ausgezeichnet. Der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, Prof. Ernst Rietischel, würdigte die Arbeit des Instituts im Kontext der außeruniversitären Forschungslandschaft und ihrer Zielsetzung themenorientierter »strategischer« Forschung und Dienstleistung. Dr. Sandra Scheermesser vom nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerium betonte, dass Innovationen heute gerade auch aus dem Bereich der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften kommen müssten. Kornelia Haugg vom Bundesbildungsministerium unterstützte dieses Votum und verwies auf die Arbeit des Innovationskreises Weiterbildung (s.o.). WGL-Generalsekretär Dr. Michael Klein gab einen Abriss zur Weiterbildungsgeschichte in Deutschland und machte darauf aufmerksam, dass Erwachsenenbildung gerade in gesellschaftlichen Umbruchzeiten Auftrieb erhalten: So gesehen müsse ihr der Wandel zur Wissensgesellschaft einen besonderen Schub verleihen. Dass sich die außerschulische Bildung in Deutschland schwer tut, sich im

fachlichen und öffentlichen Diskurs zu behaupten – sofern sie nicht zur beruflichen Qualifizierung und Kompetenzerweiterung beiträgt –, hat in den letzten Jahren verschiedene Gremien beschäftigt, so z.B. den Bundesausschuss Politische Bildung (bap), in dem die Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammenge schlossen sind.

Innovationspreis

In diesem Kontext, das klang in Bonn mehrfach an, ist die Etablierung der Facheinrichtung DIE als eine Erfolgs geschichte zu werten. Zur erfolgreichen Positionierung gehört auch die Verleihung des Preises für Innovation in der Erwachsenenbildung, der für Aufmerksamkeit in einer breiteren Öffentlichkeit sorgt. Alle zwei Jahre und nun bereits zum sechsten Mal zeichnete das DIE Projekte aus, die Erwachsene dabei unterstützen, zu lernen. Unter dem Motto »Aus Geschichte lernen« gingen insgesamt rund 70 Bewerbungen ein, aus denen eine unabhängige Experten jury vier Preisträger auswählte. Bildungseinrichtungen, Organisationen, Betriebe und Initiativen hatten sich mit innovativen Projekten und Modellen beworben, die auch die Vielfalt der erwachsenenpädagogischen Arbeit dokumentierten.

Ausgezeichnet wurde erstens ein Arbeitsansatz aus der Gedenkstättenarbeit (Gedenkstätte Hadamar), der Menschen mit Lernschwierigkeiten und Behinderungen einbezog. Zweitens erhielt Arbeit und Leben Berlin einen Preis für Veranstaltungen zur zeit geschichtlichen Spurensuche, die im Berliner »Untergrund« angesiedelt waren. Für ein ähnliches Projekt, allerdings fokussiert auf die NS-Geschichte, bekam dann drittens das NS-Dokumentations zentrum Köln einen Preis. Der Sonderpreis ging viertens an das netzbasierte Projekt Knowledge Space des Ver bands Österreichischer Volkshochschulen (VÖV).

Zu der Veranstaltung ist im W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld, eine Festschrift »50 Jahre für die Erwachsenenbildung«, hrsg. von DIE-Direktor Prof. Ekkehard Nuissl, erschienen.

Aus der KBE

Lerndiagnose mit VeLLE

VeLLE – Ein Verfahren zur Lerndiagnose und Lernerberatung Erwachsener, so heißt das neue Verfahren, das die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) jetzt für die Lernberatungspraxis zur Verfügung stellt. Es ist aus dem Projekt VaLe (siehe Bericht unter Umschau in diesem Heft) hervorgegangen und wurde durch eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Prof. Dr. Armin Kaiser von der Universität der Bundeswehr München im Rahmen eines Forschungsprojekts entwickelt. VeLLE erlaubt es, mit Hilfe eines relativ kurz gefassten Fragebogens ein individuelles Lernprofil zu erstellen und so anschaulich darzustellen, dass Teilnehmern und Dozenten gute Grundlagen für die Lernerberatung zur Verfügung stehen. So können Lernschwächen leichter erkannt und Stärken gezielt gefördert werden. Die KBE-Geschäftsstelle bietet Seminare und Lizenzen zur Nutzung an. Weitere Informationen unter www.kbe-bonn.de

Wie viel Ethik verträgt die Erwachsenenbildung?

Das KBE-Projekt »Ethisches Lernen in der allgemeinen Erwachsenenbildung«, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, lädt zu einer Tagung mit dem Titel »Wie viel Ethik verträgt die Erwachsenenbildung?« am 10. April nach Münster ein. Auf der Veranstaltung (der Eintritt ist frei) wird ethisches Lernen aus verschiedenen Blickwinkeln, z.B. aus psychologischer, pädagogischer und gesellschaftlicher Sicht, vorgestellt. Auch wird das Projekt selbst präsentiert. Referenten sind u.a. Prof. Dr. Josef Schrader und Prof. Dr. Ekkehard Nuissl von Rein. Download des Tagungsprogramms: www.kbe-bonn.de

VON PERSONEN

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Adb) hat auf seiner Mitgliederversammlung Ende 2007 einen neuen Vorstand gewählt. In ihren Ämtern bestätigt wurden der bisherige Vorsitzende **Peter Ogrzall**, Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin, und **Ulrike Steimann**, Karl-Arnold-Stiftung, als seine Stellvertreterin. Wieder gewählt wurden **Anna Alberts**, Europahaus Aurich, **Ulrich Ballhausen**, Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, und **Petra Tabakovic**, Internationaler Bund, Frankfurt/M. Neu in den Vorstand gewählt wurden **Dieter Fiesinger**, Jugendbildungsstätte Mühle, Bad Segeberg, **Martin Kaiser**, PfalzAkademie, Lambrecht, und **Birgit Weidemann**, HochDrei e.V., Potsdam.

Bernd Möllers (Foto), Leiter des Bildungswerks der Katholiken im Lande Bremen, ist in den Ruhestand verabschiedet worden. Möllers übernahm 1971 zunächst als Geschäftsführer die damals neu geschaffene Stelle. Möllers engagierte sich in seinem Berufsleben vor allem für die Ökumene, die Entwicklungszusammenarbeit, die Arbeit für Migranten und die politische Bildung. Der KBE-Vorsitzende Bertram Blum würdigte Möllers als eine »gewichtige Persönlichkeit in der katholischen Erwachsenenbildung«. Die eigenständige Aufgabe der kirchlichen Bildungswerke, wie sie Möllers verstanden habe, sei »der Dialog der Christen mit Andersdenkenden«.



Position

Judith Könemann

Leiterin des Schweizerischen Pastoralsoziologischen Instituts SPI



Theologische Erwachsenenbildung in einer (religiös) pluraler werdenden Gesellschaft

Angesichts einer zunehmenden religiösen Pluralisierung sowie aktuellen Diskussionen um gesellschaftlichen Wertewandel bzw. Werteverlust wird den christlichen Kirchen bereits seit einiger Zeit wieder eine deutliche gesellschaftliche Relevanz bescheinigt. Dazu sollten sie jedoch, so die Forderung, den christlichen Glauben in der Öffentlichkeit bezeugen und so die Überzeugungen, für die das Christentum steht, unter den Bedingungen moderner Gesellschaften sichtbar machen. Zu dieser Aufgabe gehört jedoch auch, die eigenen religiösen Gehalte und Überzeugungen in eine auch für Nicht-, evtl. auch für Andersgläubige verständliche Sprache zu übersetzen und dabei auch rational zu begründen. Theologische Erwachsenenbildung als genuiner Teil kirchlicher Praxis ist nun in besonderer Weise dazu geeignet, das Potenzial der christlichen Botschaft im öffentlichen Leben der Gesellschaft präsent zu machen, und das aus mehreren Gründen: Erstens kann sie aufgrund ihres Bildungsauftrages die materialen Grundgehalte christlicher Glaubenspraxis argumentativ in das öffentliche Gespräch einbringen. Dabei hat sie eine doppelte Ausrichtung: Zum einen ist sie Teil des Bildungsauftrages der Kirchen, zum anderen aber auch Teil des gesellschaftlichen Bildungsauftrages, und damit nimmt sie eine gewichtige Schnittstellenfunktion zwischen innerkirchlicher Wirklichkeit und gesellschaftlicher Öffentlichkeit wahr.

Zweitens ermöglicht theologische Erwachsenenbildung durch ihre Arbeit Menschen die Vergewisserung ihrer eigenen Religiosität in enger Anbindung an die eigene Person und im Dialog mit den Grundgehalten der christlichen Botschaft, und dadurch leistet sie einen wichtigen

Beitrag zur Befähigung von Menschen zu einem eigenverantwortlichen Handeln und zu einer gelingenden Lebensführung, was eine fundamentale Basis für verantwortetes gesellschaftliches Handeln darstellt.

Drittens befördert theologische Erwachsenenbildung durch den Ausgangspunkt beim Selbstbewusstsein und bei der Selbstbestimmung des einzelnen Subjekts, das um sich, seine Religiosität wie seine religiösen Grundlagen weiß und aufgrund dieses Wissens zu sozialer Verantwortung aller erst fähig ist, nicht nur die religiöse Selbstbestimmung des einzelnen Menschen, sondern nimmt darüber hinaus auch Einfluss auf die Meinungsbildung der modernen Gesellschaft. Dies tut sie auf drei Ebenen: Auf einer ersten Ebene ermöglicht sie die inhaltliche Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Fragen und vermag so wichtige Grundgehalte christlicher Glaubenspraxis in den wechselseitigen öffentlichen Verständigungs- und Aushandlungsprozess einzubringen. Auf einer zweiten Ebene erfolgt die angezielte Vermittlungsarbeit über die offiziellen Vertreter und Vertreterinnen in den verschiedenen Dachverbänden, wie z.B. der KBE. Auf einer dritten Ebene schließlich erfolgt die Vermittlung christlicher Gehalte in die gesellschaftliche Öffentlichkeit über die Teilnehmenden erwachsenenbildnerischer Prozesse selbst, indem sie befähigt werden, sich in einer immer komplexer werdenden Welt zu bewegen und diese auf der Basis einer Deutungskompetenz zu gestalten, die christlich motiviert und geprägt ist.

Theologische Erwachsenenbildung kann also einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Christinnen und Christen sich mit ihren jeweiligen Überzeugungen in den gesellschaftlichen Verständigungsprozess einbringen können, ja dass überhaupt Menschen dazu befähigt werden, ihren eigenen Überzeugungen entsprechend gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. So wirkt theologische Erwachsenenbildung entscheidend auf den gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozess ein und leistet dadurch auch einen wichtigen Beitrag zur Präsenz des Christentums und der Kirchen in der gegenwärtigen Gesellschaft.

BWL-Projekt abgeschlossen

Das von der Akademie Klausenhof im Auftrag der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) durchgeführte Modellprojekt »Betriebswirtschaftliche Kompetenz für Mitarbeitende in der Erwachsenenbildung« wurde jetzt abgeschlossen. Mehr als 100 Teilnehmende haben sich in dem BMBF-geförderten Projekt Know-how geholt, um betriebswirtschaftliche Verfahren in der

Bildungsarbeit kennenzulernen und anzuwenden. Die Resonanz sei sehr viel größer gewesen als zunächst angenommen, sagte KBE-Geschäftsführer Markus Tolksdorf auf der Abschlussveranstaltung in der Akademie Klausenhof. Viele könnten das Gelernte entweder direkt umsetzen oder jetzt entsprechende Verfahren, die von der Verwaltung vorgegeben sind, besser bewerten. Allerdings müssten jetzt

noch die Rahmenbedingungen so weit verändert werden, dass Bildungsinstitutionen auch betriebswirtschaftlich selbstverantwortlicher handeln können.



Markus Tolksdorf

Historisch-politische Bildung

Deutsche Teilung und Einheit in der politischen Bildung

Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke

Am Beispiel des Umgangs mit der Vergangenheit der DDR standen Fragen der historisch-politischen Bildung im Zentrum der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), die vom 26. bis 28.11.2007 in der Katholischen Akademie in Berlin stattgefunden hat. Referenten waren unter anderem der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Norbert Lammert, der Vorsitzende der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Rainer Eppelmann, der Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Dr. Hubertus Knabe, der Präsident des ZdK, Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer, und der Ministerpräsident von Thüringen, Dieter Althaus.

Historisch-politische Bildung widmete sich in der Vergangenheit vor allem der Zeit von 1933 bis 1945. Zahllose Publikationen zur nationalsozialistischen Diktatur und die Entwicklung einer eigenständigen Gedenkstättenpädagogik bestimmten in den letzten Jahrzehnten den Fachdiskurs. Doch seit einigen Jahren rückt zunehmend auch die zweite Diktatur auf deutschem Boden in das Blickfeld politischer Bildung. So zeigen empirische Untersuchungen, dass die Kenntnis vom DDR-Regime vor allem bei jungen Menschen nicht nur gering ist, sondern auch die Einschätzung vermeintlicher »Leistungen« und tatsächlicher Fehlleistungen ein völlig verzerrtes, bisweilen der Idealisierung nahe kommendes Bild des SED-Staates entstehen ließ. Untersuchungen wie die des Leiters des Forschungsverbundes SED-Staat der FU Berlin, Prof. Dr. Klaus Schroeder, haben gezeigt, dass selbst das Bild des fürsorglichen DDR-Staates im Gegensatz zum »kapitalistischen« Nachwendedeutschland den Fakten nicht standhalten. Die Verklärung einer vermeintlichen »Sicherheit« und sozialen Gerechtigkeit des

SED-Systems bewirkt eine Fehleinschätzung der aktuellen Situation in der Bundesrepublik und kann damit zur Quelle politischer Fehlurteile werden. Hinzu kommt die wachsende und offensiver werdende Propaganda alter SED-Kader, die sich der Aufklärung über Fehlentwicklungen und Verbrechen der SED-Diktatur entgegenstellen und damit die öffentliche Meinung zu beeinflussen suchen. Politische Bildung ist hier in besonderer Weise gefragt, ein auf wissenschaftlich gesicherten Fakten beruhendes Geschichtsverständnis zu vermitteln.

Für die Didaktik der politischen Bildung stellen sich damit aber nicht nur Aufgaben, sondern auch wichtige Fragen. So wurde auf der Tagung deutlich, dass gesellschaftliche Wirklichkeit nicht auf eine einheitliche Formel zu bringen ist. Udo Apel, ehemaliger Leiter des Katholisch-sozialen Bildungswerks Freiburg, machte anhand biografischer Anmerkungen plausibel, dass auch im SED-Staat nicht nur Nischen entstehen konnten, die ein nicht unmittelbar durch die herrschende Ideologie geprägtes Leben ermöglichten, sondern dass das System selbst und die es tragenden Menschen differenziert bewertet werden müssen. Es gab nicht die eine Wirklichkeit der DDR, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher, nebeneinander bestehender Wirklichkeiten. Historisch-politische Bildung muss gerade diesem Umstand gerecht werden, indem sie das, was kontrovers erfahrbar war, auch kontrovers vermittelt.

Ein weiteres didaktisches Problem ergibt sich hieran anschließend angesichts der Frage, ob sich die Vermittlung der DDR-Vergangenheit eher an politischen Ereignissen oder am sozialen Leben der Menschen orientieren sollte. Soll sich politische Bildung vor allem den Grenzsituationen politi-

schen Handelns widmen, beispielsweise der Praxis des Ministeriums für Staatssicherheit, oder sollte gerade der Einfluss der SED-Ideologie auf den Alltag in Betrieb, Schule, Kirche oder Freizeit thematisiert werden, der quantitativ wesentlich mehr Menschen betraf. Erschwert wird die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit auch dadurch, dass es in Ost und West unterschiedliche Erinnerungskulturen gibt. In den alten Bundesländern lässt sich ein eher einheitlicher Blick beobachten, während in den neuen Bundesländern – biografisch geprägt – disparatere Beitrachtungsweisen vorherrschen. Große Bedeutung kommt hierbei der Traditionierung von Erinnerung durch die Familie zu. Die persönliche Betroffenheit ist bei ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern weitaus größer als im Westen, und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bedeutet auch immer Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten.

Fehlende Demokratieerfahrung

Wenn auch bald 20 Jahre seit der Wiedervereinigung vergangen sind, muss politische Bildung immer noch mit dem Phänomen ringen, dass zahlreiche ehemalige DDR-Bürger/innen einen Großteil ihres Lebens außerhalb eines demokratischen Systems verbringen mussten, ihnen mithin auch entsprechende Demokratieerfahrungen fehlen. Wenn dieses Problem auch bei jüngeren Generationen zunehmend kleiner wird, können Skepsis und Distanz gegenüber der Demokratie auch im familiären Rahmen tradiert werden. Bildungseinrichtungen können einen Beitrag dazu leisten, dass die Deutungshoheit nicht bei Eltern liegt, die aus biografischen Gründen ein in welche Richtung auch immer verzerrtes Bild der historischen Prozesse an ihre Kinder vermitteln.

Ein in gewisser Weise ernüchterndes Ergebnis der Tagung war die Erkenntnis, dass die Überwindung der Teilung sich nach wie vor als Aufgabe stellt. Die katholische Bildung kann hier einen Beitrag leisten, indem sie Menschen aus alten und neuen Bundeslä-

dern zusammenbringt und Begegnung ermöglicht. Dabei sollte ein wesentlicher Aspekt darin bestehen, gemeinsam »unbelastete Themen« zu diskutieren. Erfahrungen aus der Bildungsarbeit – auch mit jüngeren Menschen – zeigen, dass die Thematisierung der DDR zu Blockaden führen kann, die im Begegnungsprozess hinderlich sind und eine Begegnung »auf Augenhöhe« erschweren. Dagegen bieten sich Fragen der gemeinsamen Zukunftsgestaltung zur partnerschaftlichen Auseinandersetzung an.

Aber nicht nur Fragen der Vermittlung des historischen Zeitraums von 1949 bis 1989 werfen Fragen auf. Die Jahrestagung beleuchtete auch die heute aktuelle Situation der neuen Bundesländer. Wenn sich auch die Lebenssituation der Menschen gegenüber vor der Wiedervereinigung erheblich verbessert hat, so ist die Kluft zu der in den alten Bundesländern doch unübersehbar. Sie wirkt sich vor allem auf die Lebenskonzepte junger Menschen aus, von denen viele ihre Zukunft in den westlichen Bundesländern sehen. Nicht nur in der politischen Bildungsarbeit mit jungen Menschen aus den betroffenen Bundesländern muss dies berücksichtigt werden. Da eine Aufgabe politischer Bildung darin besteht, ein differenziertes Bild von den sozialen und politischen Wirklichkeiten der Gegenwart zu vermitteln, müssen die vorhandenen Konzepte daraufhin überprüft werden, ob sie aktuelle Situation angemessen wiedergeben und ein realistisches Bild vom vereinten Deutschland vermitteln.

Die Tagung machte deutlich, dass historisch-politische Bildung dann, wenn sie sich Fragen der jüngeren Geschichte zuwendet, mit mehr Problemen zu kämpfen hat als nur der didaktisch besten Form der Geschichtsvermittlung. Die Tagung machte aber auch deutlich, dass die Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Vergangenheit nicht nur eine Frage der historisch korrekten Vermittlung ist, sondern ein wichtiger Akzent zum Verständnis der deutschen Gegenwart und zur Auseinandersetzung um die Zukunft Deutschlands.

Europa

Was ist los in Europa?

InfoNet, ein Projekt der katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, öffnet seinen Service jetzt für alle Interessierten. Das Netzwerk InfoNet wird von der EU im Rahmen des Grundtvig-Programms gefördert und bietet einen regelmäßigen, englischsprachigen Informationsdienst »InfoLetter« an, der ein bestimmtes Thema sowie weitere aktuelle Nachrichten aus den EU-Ländern und von der europäischen Ebene vorstellt. Der InfoLetter wird per E-Mail verschickt und ist direkt mit der Artikeldatenbank des Projektes verlinkt, das sich auf Korrespondenten in rund 20 europäischen Ländern stützt. Bezug unter www.infonet-ae.eu, Link InfoLetter.

Europabüro neu strukturiert

Das Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung (kurz Europabüro) in Brüssel kann nach dem Ausscheiden von Ulrika Engler im Juli 2007 ab dem 1. Februar 2008 nun in neuer Trägerschaft seine Arbeit aufnehmen. Die Leitung des Büros wird Simone Kaufhold als Referentin übernehmen. Unterstützt wird sie in ihrer Arbeit durch Maryna Konunchuk. Zu den Aufgaben des Büros gehören: Information, Monitoring, Lobbying, Präsenz in Brüssel und Administration. Dieses Büro ersetzt das bestehende Büro am gleichen Ort, das von FEECA, IAE und AKB getragen wurde. Vertreten werden die Interessen vom Katholischen Netzwerk Jugend in Europa (KNJE) und der Europäischen Föderation für katholische Erwachsenenbildung (FEECA). Träger des Europabüros sind folgende Organisationen bzw. Einrichtungen: Europäische Föderation für katholische Erwachsenenbildung (FEECA), Deutsche Katholische Erwachsenenbildung (KBE und Landes- und Diözesanarbeitsgemeinschaften), Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) und die Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj)/Jugendhaus Düsseldorf e.V.

EU-Aktionsplan wird diskutiert

(InfoNet) Nach der Veröffentlichung des Aktionsplans »It's always a good time to learn« plant die EU-Kommission weitere Schritte, um die Erwachsenenbildung in Europa weiter zu fördern. Anfang des Jahres verabschiedete das EU-Parlament nochmals die wichtigsten Punkte des Aktionsplans in Form einer eigenen Resolution. Derzeit werde, so die Leiterin der Abteilung Erwachsenenbildung/Grundtvig in der Kommission, Marta Ferreira, in einem Interview gegenüber InfoNet, die Strategie gemeinsam mit anderen Organisationen innerhalb der EU diskutiert. Geplant ist auch eine eigene Schlussfolgerung des Ministerrates der EU, die von der slowenischen Präsidentschaft vorbereitet wird und im Mai verabschiedet werden soll. Anfang Februar hat sich außerdem zum ersten Mal eine Expertengruppe getroffen, die über die Umsetzung des Aktionsplanes berät.

Türkei: Alphabetisierungskampagne gestartet

(InfoNet) Die Türkei will mit einem groß angelegten Programm über vier Jahre hinweg dem Analphabetismus im Land begegnen. Rund drei Millionen Erwachsene sollen mit Aktionen wie Aufbau von Lesecken in Cafés oder Krankenhäusern, mobilen Bibliotheken oder gezieltem Leseunterricht zum Lesen gebracht werden. Zum Programm gehört eine landesweite Werbekampagne in den Medien und auf Plakaten.